

gestellt bleiben, warum bei dieser Resolution neben den Schriftstellern Ehrenburg, Kornejtschuk und Tichonow von sowjetischer Seite nicht auch der Metropolit Nikolai, Mitglied des Weltfriedensrates und des sowjetischen Friedenskomitees, oder ein anderer Vertreter der russischen Kirche beteiligt war.)

Der Moskauer Patriarch mußte enttäuschen; er konnte aus begrifflchen Gründen die ihm zugemutete Rolle eines Vermittlers und Fürsprechers in dieser wichtigen internationalen Angelegenheit nicht übernehmen. Wie zu erwarten war, antwortete er auf der Linie der Sowjetpolitik, indem er die Bitte um Einwirkung auf die Regierung wegen der Deportationen auf „falsche Informationen“ zurückführte und auf die offiziellen Erklärungen der Sowjetdelegation vor der 11. UN-Vollversammlung verwies (Evangelischer Pressedienst, 3. 1. 57). Damit erwies sich von neuem, daß die russische Kirche in allen ihren Beziehungen nach außen strikt daran gebunden ist, die Politik der Sowjetregierung zu stützen.

Der zu diesem Zweck in der Sowjetpresse veröffentlichte kirchliche Protest gegen die westlichen Vorwürfe wegen der Deportationen aus Ungarn wurde eingeleitet durch Briefe der Evangeliumschrsten und Baptisten und des reformierten Bischofs (im Namen von 95 000 Reformierten ungarischen Volkstums) des karpathenukrainischen Grenzgebiets an die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Es folgte eine Verlautbarung der römisch-katholischen Kirche Litauens („Iswestija“, 25. 11. 56). Am 27. und 28. 11. erklärten die orthodoxen Bischöfe der südwestlichen Eparchien im Namen ihrer Gläubigen, obwohl alle Transportwege aus Ungarn durch ihr Gebiet führen, seien entgegen den verleumderischen Behauptungen westlicher Diplomaten vor der UN-Vollversammlung keinerlei Gefangenentransporte aus Ungarn in die Sowjetunion zu beobachten („Iswestija“, 27. u. 28. 11. 56). Schließlich hieß es im Neujahrsaufruf des Moskauer Patriarchen: „Leider haben sich einige hochgestellte geistliche Personen des Auslands sichtlich unter dem Eindruck falscher Information über die Ereignisse in Ungarn an uns mit der Aufforderung gewandt, auf unsere Regierung dahingehend einzuwirken, daß sie auf die Hilfe für das ungarische Volk in seinem Kampf gegen diejenigen, die Unruhe stiften und Ungarn zum Herd eines neuen Weltkrieges machen wollen, verzichtet“ („Iswestija“, 3. 1. 57). Dies ist also die Reaktion des Moskauer Patriarchen! Dr. Eugene Carson Blake, Präsident des Nationalrats der Christlichen Kirchen in den USA, der sich gleichfalls unter Berufung auf seine mit der russischen Kirche angeknüpften Beziehungen wegen der ungarischen Ereignisse an den Patriarchen gewandt und eine ebenso unbefriedigende Antwort erhalten hatte, bezeichnete diese als herzlich, aber unbefriedigend und bedauerte „das Fehlen jeder Bezugnahme auf den Terror, der das freiheitsliebende ungarische Volk unterjocht“ (OePD Nr. 45, 7. 12. 56). Werden

die deutschen evangelischen Kirchenführer mit gleicher Deutlichkeit ihrer Enttäuschung Ausdruck verleihen?

Die Bemühungen ökumenischer Kreise um das Moskauer Patriarchat haben auch durch einen anderen Schritt der russischen Kirchenleitung einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Die für Ende Januar geplante Zusammenkunft mit Vertretern des Weltkirchenrats, die eine engere Zusammenarbeit zwischen der russischen Kirche und den Mitgliedskirchen der Ökumenischen Bewegung vorbereiten sollte (vgl. ds. Jhg., S. 147), ist vom Moskauer Patriarchat auf unbestimmte Zeit verschoben worden. In Kreisen des Weltkirchenrats sieht man darin einen Zusammenhang mit der Verschlechterung der internationalen Lage („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 9. 1. 57). Wenn man jedoch die dogmatische Position der russischen Orthodoxen Kirche berücksichtigt, erscheint der Aufschub von Verhandlungen über einen Anschluß der russischen Kirche an die Ökumenische Bewegung — den wir von vornherein als unwahrscheinlich betrachtet haben — in einem ganz anderen Licht.

Tod des Sowjetministers für die Angelegenheiten der religiösen Gemeinschaften

Am 15. 10. 56 starb 58jährig der Vorsitzende des Rates für die Angelegenheiten der religiösen Kulte beim Ministerrat der Sowjetunion, Iwan Wasiljewitsch Poljanskij.

In einem Nachruf hob die „Pravda“ (17. 10. 56) die Grundsatzfestigkeit und grenzenlose Hingabe des Verstorbenen an die Sache der Kommunistischen Partei hervor. Die Verdienste Poljanskij's auf seinem „ruhmreichen Weg eines Bolschewisten-Kommunisten“ seien von der Sowjetregierung sehr geschätzt und mit dem Lenin-Orden und anderen Auszeichnungen belohnt worden. Poljanskij trat im Mai 1918 in die Partei ein, war von 1918 bis 1921 in Partisanenabteilungen und in der Roten Armee tätig und stand nach Beteiligung an der Niederschlagung des Kronstadter Aufstandes in leitender Stellung im Staatsdienst (GPU?). Im Zweiten Weltkrieg war er, wie die „Pravda“ weiter mitteilt, mit wichtigen Aufgaben während der Blockade Leningrads durch die Deutschen betraut. Im Juni 1944 wurde er Leiter des neugebildeten Rates für die Angelegenheiten der religiösen Kulte, dem die Regelung der Beziehungen zwischen dem Staat und allen religiösen Gemeinschaften außer der Orthodoxen Kirche obliegt. Seine Zuständigkeit erstreckte sich daher auch auf die römisch-katholischen Kirchengemeinschaften in der Sowjetunion. Die Kontinuität in der Leitung dieses Amtes — wie auch des Rates für die Angelegenheiten der orthodoxen Kirche — ist bemerkenswert. Poljanskij und sein Kollege Karpow standen ihren Ressorts seit deren Gründung ununterbrochen vor, obwohl in den letzten zwölf Jahren nicht wenig Veränderungen in der hohen Sowjetbürokratie erfolgten.

Die Kirche in den Ländern

Kolumbien und die Protestanten

Die Herder-Korrespondenz hat im August 1954 (8. Jhg., S. 497) über die sogenannten Protestantenverfolgungen in Kolumbien, der bevölkerungsmäßig drittgrößten südamerikanischen Republik, kritisch berichtet. Damals war der

Höhepunkt dieser internationalen Verfolgungspsychose, die, genau seit 1949 datiert, in den letzten zwei Jahren etwas zurückging und erst neuerdings wieder leicht aufflackert. Wenn wir von dem brasilianischen Methodistenbischof Uberto Barbieri (einem der sechs Präsidenten des Weltrats der Kirchen) hören, „die Protestantenverfolgung

in Kolumbien ist eine Ausnahme von der in den anderen südamerikanischen Ländern geübten Praxis“ (OePD, 24. 2. 56), so muß diese Tatsache und die genaue zeitliche Befristung stutzig machen, nachdem sowohl die staatsrechtliche Stellung des Katholizismus wie die Bewertung und Behandlung des Protestantismus in ganz Lateinamerika seit eh und je ziemlich gleich ist — abgesehen eben von gewissen politischen Episoden.

Wo gibt es fundierte Darstellungen?

Im Jahr 1954 und kurz nachher sind in allen Ländern katholische Darstellungen von intimen Kennern der kolumbianischen Verhältnisse erschienen, von denen die wichtigsten hier als Quelle genannt seien:

in *Italien* die ausführliche und außerordentlich reich dokumentierte Arbeit des Kirchenhistorikers G. Caprile SJ in „La Civiltà Cattolica“ (1954, Nr. 2503/2505);

in *Spanien* ein Resümee dieser Arbeit in „Hechos y Dichos“ (April und Mai 1955);

in *Frankreich* ein Dokumentarbeitrag in „L'actualité religieuse dans le monde“ (1. 5. 55);

in den *USA* eine Darstellung in „America“ (26. 6. 54);

in *England* zwei Berichte in „The Tablet“ (16. 1. 54 und 24. 7. 54);

in der *Schweiz* zwei Auseinandersetzungen in der „Orientierung“ (15. 1. 54 und 30. 11. 56).

In Kolumbien selbst hat der Professor an der Franz-Xaver-Universität in Bogotá, Eduardo Ospina SJ, 1954 eine eingehende Forschungsarbeit „Las sectas protestantes en Colombia“ als Buch veröffentlicht.

Die Quellen auf *evangelischer* Seite waren die „Berichte über Religionsverfolgung in Kolumbien“ und das „Informationsbulletin“, die beide vom „Evangelischen Bund von Kolumbien“ (CEDEC) ausschließlich für das Ausland herausgegeben wurden und deren Meldungen dann von evangelischen Presseagenturen in allen Ländern übernommen oder ausgewertet wurden. (Im deutschen Sprachraum war es vor allem der „Schweizerische Evangelische Pressedienst“ EPD, der nicht mit dem gleichnamigen deutschen „epd“ zu verwechseln ist.) Fundierte Darstellungen auf evangelischer Seite sind uns nirgends bekannt geworden, lediglich zahlreiche allgemein gehaltene Vorwürfe in einem Atemzug mit Spanien und demgegenüber eine Reihe von authentischen Einschränkungen. Über den Protestantismus im gesamten Lateinamerika hat die „Lutherische Rundschau“, die Zeitschrift des Lutherischen Weltbundes, zwei sehr kluge und verständnisvolle Überblicke von Landesbischof Lilje und von Professor Wilhelm Hahn, Heidelberg, veröffentlicht (1954, Heft 3, und 1956, Heft 4). Zwischen den angesehenen Elitezeitschriften und der Berichterstattung für die breite Öffentlichkeit herrschte dadurch ein ungueter Gegensatz.

Die Kirche in Kolumbien

Wie ist nun die wirkliche Situation in diesem nördlichen südamerikanischen Tropenstaat? Es zeigen sich hier manche Parallelen mit Spanien (wir verweisen auf unsere ausführliche Darstellung im 10. Jhg., S. 357), aber auch entscheidende Unterschiede.

1. Die katholische Kirche ist seit den Tagen der Kolonisation und der unmittelbar darnach einsetzenden Missionierung fest im kolumbianischen Land und Volk verankert. Nach dem Bericht eines Zeitgenossen war schon zu Anfang des 17. Jahrhunderts die Mehrzahl der Eingebore-

renen getauft und seelsorglich betreut. Im Gegensatz zu den meisten anderen hispanoamerikanischen Staaten nahm auch der Unabhängigkeitskampf gegenüber Spanien keinerlei antikirchlichen Charakter an, sondern wurde im Gegenteil in beträchtlichem Ausmaß von Klerikern getragen. Schon die erste Verfassung von Cundinamarca aus dem Jahr 1812 erklärte den Katholizismus zur einzigen Staatsreligion und verbot andere öffentliche Kulte, und der noch heute hochverehrte „Libertador“ Simón Bolívar, der Gründer des Staates Kolumbien (1819), bemühte sich um ein Konkordat und stand in Verhandlungen mit Papst Leo XIII. Die Verfassungen von 1843 und 1886 bestätigten feierlich die katholische Staatsreligion, und im Jahr 1887 wurde zwischen Kolumbien und dem Vatikan das Konkordat abgeschlossen, das bis heute gültig ist. Es bestimmt in Art. 1, daß der Katholizismus als Staatsreligion anerkannt wird, die der Staat als Wesensbestandteil der sozialen Ordnung zu schützen und zu respektieren hat; der katholischen Kirche wird volle Freiheit zugesichert, außerdem hat die Erziehung im Einklang mit den Dogmen und der christlichen Moral zu erfolgen. Die liberale Verfassungsreform von 1936 hat vorübergehend die katholische Staatsreligion abgeschafft und volle Kultusfreiheit eingeführt, aber das Konkordat selbst in seiner Geltung nicht angetastet.

Die Kirche in Kolumbien nimmt zwar an den Nöten und Schwierigkeiten des ganzen lateinamerikanischen Katholizismus teil (vgl. den Überblick in diesem Heft, S. 223), aber gerade in diesem Rahmen kann man von einem blühenden kirchlichen Leben sprechen. Die Zahl der Diözesen ist seit 1938 von 29 auf 42 angestiegen, die Zahl der Priester und der Seminaristen hat sich in diesen fünfzehn Jahren mehr als verdoppelt. Die Laienbewegung in der Katholischen Aktion, der MC, der Legion Mariens u. a. ist stark und lebendig. Die beiden katholischen Universitäten mit ihren 4000 Studenten, die „Javeriana“ in der Hauptstadt Bogotá und die „Bolivariana“ in der größten Industriestadt Medellín, prägen das akademische Gesicht des Landes. Die 1900 kirchlichen Primar- und Sekundarschulen werden von 150 000 Schülern besucht. In Sutatenza wurde durch die Initiative eines Priesters für 200 000 Hörer eine Radio-Volkshochschule entwickelt, wobei zusätzlich 6000 Batterieempfänger verteilt wurden. Im übrigen zählt die Kirche Kolumbiens 145 Periodika und 510 Wohltätigkeitsanstalten mit 245 000 Betreuten („La Civiltà Cattolica“, 2. 10. 54).

Das Missionsmonopol

2. Kolumbien, der nordwestlichste Staat des südamerikanischen Kontinents, ist so groß wie Deutschland, Frankreich und die Benelux-Länder zusammen. Davon haben aber nur die dem Westen zu gelegenen Hochflächen der Anden (zwischen 1000 und 3000 Meter Höhe, Bogotá z. B. 2600 m) ein erträgliches Klima und sind reich besiedelt und landwirtschaftlich genutzt. Die östlichen zwei Drittel des Landes bilden eine unwegsame, klimatisch ungesunde und noch kaum erschlossene Tiefebene, die nur von einem Zwölftel der 12 Millionen Gesamtbevölkerung bewohnt wird (1,1 Einwohner/qkm!). Es handelte sich vorwiegend um wilde, noch unzivilisierte und weitgehend heidnische Eingeborenenstämme. Für diese 18 Distrikte nun wurden zwischen dem Staat und dem Heiligen Stuhl in den Jahren 1892, 1902, 1928 und nochmals 1953 spezielle Abkommen geschlossen, die den Missionaren außer der Missionierung

auch die Zivilisierung und neben beträchtlicher finanzieller Unterstützung auch administrative Rechte übertragen (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 22). Allen nicht-katholischen Religionsgemeinschaften wurde in diesen Gebieten die Missionswerbung untersagt. (Es ist dagegen unzutreffend, daß die protestantischen Pfarrer ausgewiesen worden seien; sie konnten an Ort und Stelle verbleiben und dürfen unter ihren Gläubigen auch weiterhin Seelsorge treiben, soweit sie sich der öffentlichen Missionierung enthalten [Regierungsverordnung vom 28. 1. 54].) Ein solches „Missionsmonopol“ ist nicht ausschließlich katholisches Gedankengut. Nicht nur haben sich Missionsgesellschaften verschiedener Denominationen zusammengetan, um bestimmte Missionsgebiete untereinander aufzuteilen, es waren vielmehr gerade nichtkatholische Regierungen, die bis in die neueste Zeit hinein bestimmte Kolonialgebiete einzelnen Kirchen vorbehalten: so die Niederlande in Indonesien oder Deutschland bis 1900 in Südwestafrika und in Neu-Pommern (Bismarck-Archipel). Wenn man das Ärgernis protestantischer Zersplitterung in Lateinamerika kennt (vgl. unten), kann man es einem katholischen Land nicht verargen, wenn es nicht das ganze zivilisatorisch-missionarische Werk seiner Nation gefährden will. Nach dem Bericht von G. Caprile in der „Civiltà Cattolica“ sind heute in den kolumbianischen Missionsgebieten nur mehr 4,3% der Bewohner noch nicht missioniert, wobei sich ein einziger kleiner Volksstamm dem Werk der Missionare widersetzt. Die Protestanten können also nicht behaupten (CEDEC-Bulletin, 30. 11. 53), daß die Regierung „noch viele Indianerstämme wie seit vier Jahrhunderten katholischer Herrschaft“ dem Heidentum verfallen lasse, anstatt die evangelischen Missionen frei wirken zu lassen. Einige Zahlen mögen die Maßlosigkeit dieses Anspruchs dartun. Die protestantischen Missionen in den Missionsgebieten umfaßten zum gleichen Zeitpunkt (30. 11. 53): 41 Missionare, 25 Kultstätten, 25 Schulen, 3 Krankenhäuser. Die katholische Kirche hat in diesen Gebieten: 6mal mehr Missionare (mit Schwestern und Laienkatecheten 50mal mehr), 11mal mehr Kirchen, 45mal mehr Schulen und 12mal mehr Krankenhäuser („L'actualité“, a. a. O.). Diese Argumentation kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Protestantismus von Anfang an seine Aufgabe gar nicht in den Missionsgebieten sah, die im übrigen bereits seit dem 17. Jahrhundert von katholischen Orden missioniert wurden.

Der Protestantismus

3. Obwohl sich der erste Nichtkatholik, ein Engländer, schon 1819 in Kolumbien niederließ und nach gescheiterten ersten Ansätzen die nordamerikanischen Presbyterianer seit 1856 in der Hauptstadt Bogotá systematische Glaubenspropaganda betrieben, dauerte es nochmals 24 Jahre, bis sich ihnen der erste Kolumbianer anschloß. Bis 1924 kamen nach und nach weitere elf protestantische Denominationen ins Land, wobei sich einige (Anglikaner, Methodisten, Episkopale) auf die Seelsorge unter ihren ausländischen Glaubensgenossen beschränkten. Die Tätigkeit erreichte nur die großen Städte Bogotá, Cartagena, Medellín und Barranquilla.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Aktivität wesentlich verstärkt, und es kamen weitere vierzehn Denominationen, darunter ausgesprochene Sekten, ins Land. Kolumbien zählt somit heute 26 nichtkatholische Deno-

minationen, die sich teilweise sehr schroff, ja feindlich gegenüberstehen. 17 von ihnen, nämlich Mennoniten, „Versammlungen Gottes“, „Kalvarienheiligkeit“, „Four-square Gospel“, Wesleyaner, „Vereinigte Tabernakel“, die „Unabhängige Kirche von Villarrica“, der „Evangelische Weltkreuzzug“ und ähnliche, schlossen sich zu dem „Evangelischen Bund von Kolumbien“ (CEDEC) zusammen (der nichts mit dem Evangelischen Bund in Deutschland und ebensowenig mit dem Weltrat der Kirchen zu tun hat), während sich beispielsweise die viel stärkeren Baptisten demonstrativ fernhalten. Wie die Einstellung verschiedener Gemeinschaften untereinander ist, mag ein Auszug aus der kolumbianischen Zeitschrift der Baptisten, „Heraldo Bautista“ (März 1947), zeigen: „In Lateinamerika gibt es seit einigen Jahren Verkäufer religiöser Bücher, die sich ‚Zeugen Jehovas‘ und teilweise ‚Bibelstudenten‘ nennen. Die Hauptarbeit dieser Leute ist es, Bücher und Schmähchriften zu verkaufen, die der ‚Wachturm‘ in Brooklyn veröffentlicht hat. Es ist eine Schande, daß so viele ehrsame Leute aus gutem Glauben Bücher verkaufen, nur um Halunken zu bereichern.“ Nur die CEDEC aber ist, wie schon betont, die internationale Quelle für die Meldungen über die „Protestantenverfolgung im Namen Christi des Königs“, über die „unsagbare Barbarei“ in Kolumbien.

Als Zahl für die Protestanten in Kolumbien geben katholische Quellen rund 20 000 an (= 0,17% der Gesamtbevölkerung), die protestantischen Angaben schwanken außerordentlich. Der englische Pastor W. T. Millham nannte 1948 23 655, der „Ökumenische Pressedienst“ 1952 27 000 Evangelische und 5 000 Baptisten und Adventisten. Das CEDEC-Bulletin bezifferte die Protestanten am 17. 8. 53 auf 100 000 (davon die Hälfte Praktikanten), während es kurz darauf ein Anwachsen zwischen 1948 und 1952 von 7908 auf 11 958 meldete. Die neueste Angabe stammt vom Sekretär der CEDEC, Roberto Lazear: 10 000 aktive Mitglieder und 50 000 Sympathisierende (OePD, 23. 4. 54). Selbst wenn man der fragwürdigen Angabe der CEDEC glaubt, daß sich von den 10 000 im Land ansässigen protestantischen Ausländern nur 725 am religiösen Leben beteiligen und alles andere Kolumbianer seien, erreicht der Anteil der wirklichen Anhänger höchstens 0,2%, wahrscheinlich nur 0,1% der Gesamtbevölkerung. Diese Zahlen sind dann noch unter 26 Denominationen, meistens Sekten, aufzuteilen. (Unter Sekten verstehen wir solche Glaubensgemeinschaften, die nicht das Apostolicum bekennen.)

Die Tätigkeit im Land

Ungeachtet dieser zahlenmäßigen Unbedeutendheit gebärden sich aber viele dieser Denominationen in einer Weise, daß sich einsichtige Kirchenführer der Ökumene immer wieder davon distanzieren mußten. Dr. Stewart W. Herman, der Leiter des Lateinamerika-Komitees des Lutherischen Weltbundes, schrieb vor drei Jahren nach einer Rundreise: „Aufrichtige Protestanten sind sich der aggressiven Methoden mancher ihrer Missionare nicht bewußt . . . Die heftigen Reaktionen gegen Protestanten sind manchmal das Resultat von unnötigen Provokationen durch übereifrige Missionare, deren Botschaft allzuoft auf bittere Angriffe gegen die römische Kirche beschränkt ist“ („The Mobile Press Register“, Alabama/USA, 24. 1. 54). Der „Christian Science Monitor“ schrieb fast zur gleichen Zeit (9. 2. 54): „Die nordamerikanischen Leiter der Mis-

sionsbewegung müssen zugeben, daß nicht alle Unruhen durch die Intoleranz der kolumbianischen Katholiken verursacht wurden. Bisweilen hat eine kleine Minderheit von Eiferern unter den protestantischen Missionaren unerträgliche Angriffe gegenüber der römischen Kirche geäußert, und das hat die Reaktion hervorgerufen.“ Proben dieser „unerträglichen Angriffe“ sind zur Genüge bekanntgeworden, seit P. Ospina SJ sein genanntes Buch veröffentlicht hat (vgl. eine Auswahl bei Caprile SJ, a. a. O.). Viele Protestanten beanspruchten von Anfang an, daß sie dem Land erst das Evangelium bringen müßten. „In vielen Distrikten ist das Evangelium noch nicht verkündet worden“ (CEDEC-Bulletin, 30. 11. 53). Der schon zitierte „Herold der Baptisten“ schrieb einmal: „Es gibt nichts so Antichristliches und den von Christus geübten Tugenden so Entgegengesetztes wie die katholische Kirche. Sie ist der Gegensatz des wahren Christentums“ (September 1949). Kaum eine Glaubenswahrheit der katholischen Kirche ist nicht von irgendeiner der Sekten in unbeschreiblicher Weise mit Schmutz beworfen worden: voran die Gottesmutter, das Papsttum und die Hierarchie, aber auch die Dreifaltigkeit als „Betrug und Lehre des Teufels“, die Beichte oder die heilige Messe als „verabscheuungswürdige Gotteslästerung“ (letzteres im „Evangelischen Katechismus“, Cali). Nur wenige haben sich so verhalten wie die lutherische Kirche, die, „solange sie ihre seelsorgerliche Aufgabe zu erfüllen versucht, zum Proselytenmachen keine Zeit hat“ (Landesbischof Lilje, a. a. O.). So kamen denn auch von den Anglikanern oder Episkopalen nie irgendwelche Beschwerden aus Kolumbien. Der Protestant H. U. Bretscher schrieb 1955 aus Medellín, der zweitbedeutendsten Stadt Kolumbiens: „Seit mehr als einem Jahr lebe ich hier in Medellín. Während dieser Zeit habe ich nie die geringste protestantenfeindliche Äußerung vernommen. Ich bin Mitglied der hiesigen protestantischen Kirche und hatte oft die Gelegenheit, mich als überzeugten Protestanten auszuweisen. Nie bin ich deswegen belästigt oder benachteiligt worden. Dasselbe wissen andere Schweizer und übrige Ausländer zu bestätigen“ („Junge Kirche“, Dezember 1955).

Die öffentliche Meinung und die staatsrechtliche Stellung

Die meisten anderen Denominationen verfolgten den Proselytismus als ihr Ziel mit allen, auch den unchristlichen Mitteln. Ihre Prediger und Leiter kamen ins Land ohne Kenntnis der kolumbianischen Verhältnisse, ohne Rücksichtnahme auf die alte Kulturtradition, ja manchmal selbst ohne die spanische Sprache zu beherrschen („The Tablet“, 24. 7. 54). Sie wurden vom Volk als die Abgesandten der verhaßten „Dollar-Diplomatie“ betrachtet. Was die Nuntiatur für die Katholiken, das war die US-Botschaft in Bogotá für die Protestanten („Orientierung“, 30. 11. 56).

Wenn Bischof Lilje feststellt: „Für den einfältigen Glauben katholischer Priester können die Protestanten, die einen anderen Glauben verkündigen, vielleicht gar nicht anders beurteilt werden, als daß sie *Eindringlinge* und *Aufrührer* sind“ (a. a. O.), so gilt das in einer einzigartigen Weise von Kolumbien. Der damalige Präsident Ospina Pérez schrieb 1948 nicht zu Unrecht: „Die Republik hat bis heute im Katholizismus den mächtigsten Ausdruck ihres Charakters und das heiligste Band nationaler Zusammengehörigkeit durch alle Generationen hindurch, die zu ihrer großen Kultur beigetragen haben.“

Die katholische Religion ist tatsächlich das *einzig* nationale Band, nicht nur wegen der großen zivilisatorischen und sozialen Unterschiede, sondern vor allem auch angesichts der politischen Zwietracht (siehe unten). Es sollte zu denken geben, daß der nichtkatholische nordamerikanische Politiker Dexter Perkins, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiet der Südamerika-Beziehungen, offen feststellte, daß die lateinamerikanischen Völker dem Protestantismus mit tiefer psychologischer Abneigung gegenüberstehen und niemand in ihm einen Fortschritt sieht; außerdem vergifte er die Beziehungen zu den USA. „Dieser Glaube verhilft auf keinen Fall zu einer besseren Lösung irgendeines ihrer Probleme, und man kann kaum erwarten, daß er in größerem Ausmaß Erfolg haben wird“ („America“, a. a. O.).

„Die Einführung abständiger Christengemeinden ist für die Kolumbianer ein Ärgernis, vielleicht weniger weil sie Häresien bringen, als weil sie durch deren Vorgehen ihr Band als Nation bedroht sehen“ („The Tablet“, 24. 7. 54). Diese Bedrohung liegt auf dem politischen Gebiet, worüber noch ausführlicher zu berichten sein wird, aber ebenso sehr auf dem kulturellen und in der ganzen Atmosphäre des Landes. Viele Protestanten bemühen sich nicht wie in Spanien um einigermaßen disziplinierte Missionsmethoden, sondern arbeiteten teilweise mit einem ungeheuren zivilisatorischen und publizistischen Aufwand, der von den übelsten Pamphleten bis zur Lautsprecherpropaganda reichte. Die Hauptansatzpunkte waren: Schulen, Wohltätigkeitseinrichtungen und Presseerzeugnisse. Die über 300 *Schulen* bildeten durch ihre finanziellen Begünstigungen eine so große Gefahr für das katholische Leben, daß Kardinal Luque von Bogotá und der Bischof von Barranquilla den katholischen Eltern, die ihre Kinder dorthin schicken, die Exkommunikation androhen mußte. Das „American College“ beispielsweise verlangte auch von den katholischen Schülern die Teilnahme am protestantischen Bibelunterricht, ebenso das „Central Baptist College“ für exegetische Vorlesungen zum Neuen Testament; dennoch hatten beide Schulen mehr katholische als evangelische Schüler.

Die staatsrechtliche Stellung des Protestantismus regelt Art. 53 der kolumbianischen Verfassung; er garantiert die „Gewissensfreiheit und die Freiheit aller Kulte, die nicht zur christlichen Sittlichkeit oder zu den Gesetzen in Widerspruch stehen“. Einen authentischen Kommentar gab am 20. August 1952, nachdem monatelang um die *freie öffentliche Propaganda* nichtkatholischer Religionen diskutiert worden war, der damalige Außenminister A. Vásquez Carrizosa: „Es soll ein für allemal erklärt werden, daß die Regierung von Kolumbien sowohl den Einheimischen wie den Ausländern die Freiheit aller Kulte, die nicht der christlichen Moral und dem Gesetz des Landes widersprechen, garantiert. Freiheit des Kultes ist aber *nicht* das Recht, alle und jede Meinung zu jeder Zeit und auf jede Weise, außerhalb der Kirchen und Kapellen, zu propagieren.“ Das ist die staatliche Haltung, die nicht nur die vorausgegangene wie die gegenwärtige kolumbianische Regierung, sondern auch mehrere andere lateinamerikanische Regierungen praktizieren.

Der Bürgerkrieg . . .

In der liberalen „Neuen Zürcher Zeitung“ betonte im Jahr 1953 der protestantische Korrespondent in Bogotá nachdrücklich, „man muß zu Fehlschlüssen kommen, wenn

man Kolumbien nicht kennt und wenn man die neueren *politischen* Entwicklungen in diesem Land außer Betracht läßt“ („Die Stellung der Protestanten in Kolumbien“, 21. 11. 53). Leider wird von evangelischer Seite kaum auf jenen „blutigsten Bürgerkrieg“ eingegangen, der fünf Jahre lang „das Land zu vernichten drohte“ („Die Neue Zeitung“, 12. 12. 54) und der auch heute noch in einigen Distrikten immer wieder aufflackert.

Kolumbien war „fünfzig Jahre hindurch“ ein „demokratischer Musterstaat“ („Die Neue Zeitung“, August 1954), und zwar sowohl unter der konservativen Herrschaft bis 1930 wie auch in den nachfolgenden 16 Jahren liberaler Regierungen. Erst seitdem sind die beiden Parteien zu Feinden geworden, die „es für unmöglich halten, zusammenzuarbeiten“ („The Tablet“, 16. 1. 54). Ein scharfes Gegenüber ist freilich schon eine alte Tatsache, so sehr, daß ganze Dörfer geschlossen liberal oder geschlossen konservativ waren. Die katholische Kirche hat sich mit keiner der beiden Parteien identifiziert, denn trotz gewisser antiklerikaler Züge in der Liberalen Partei stammten Priester und sogar Bischöfe aus traditionell liberalen Familien, gab es aktiv religiöse liberale Minister, und die Parteien waren „beide fromm katholisch“ („Die Neue Zeitung“, 12. 12. 54).

Im Jahr 1946 wurde zum erstenmal wieder ein konservativer Präsident gewählt, der gemäßigte Mariano Ospina Pérez, der in bestem Einvernehmen ein Koalitionskabinett der beiden Parteien leitete. Die Liberalen hatten allerdings noch die knappe Mehrheit im Parlament und ernannten den ehrgeizigen Extremisten José E. Gaitán zu ihrem Führer, der mit der halbkommunistischen „Demokratischen Aktion“ in Venezuela in Verbindung stand und nach gewissen Quellen für Sommer 1948 einen Aufstand plante. Gaitán wurde 9. April 1948, als gerade die IX. Panamerikanische Konferenz in Bogotá tagte, von einem unbekanntem Täter in der Hauptstraße der Stadt ermordet. Eine im Namen der Liberalen Partei auftretende Gruppe, die man jedoch später ziemlich eindeutig als kommunistisch identifizierte, rief daraufhin den Aufstand aus, der auch prompt auf viele Teile des Landes übergriff. Revolutionärer Pöbel steckte das Zentrum Bogotá in Brand (u. a. die Nuntiatur, das Erzbischöfliche Palais, Teile der Katholischen Universität und das Kolleg der Christlichen Schulbrüder), plünderte und raubte und öffnete die Gefängnisse, wobei einige 3000 Verbrecher entkamen. Die Konferenz wurde wegverlegt, Präsident Ospina Pérez brach die Beziehungen zur Sowjetunion ab, bildete eine neue liberale Regierung und schlug den Aufstand vorübergehend nieder. Der Wahlkampf vor dem 5. Juni 1949 war erbittert und von blutigen Kämpfen begleitet; die Wahlen erbrachten wieder eine knappe Mehrheit für die Liberalen, die daraufhin die Vorverlegung der Präsidentenwahl beschlossen. Ospina Pérez antwortete mit der Verhängung des Belagerungszustandes und der Suspension des Kongresses. Die Liberalen verzichteten unter diesen Umständen auf einen Kandidaten, so daß der konservative Kandidat, der faschistisches Gesinnung, autoritäre Laureano Gómez, im Sommer 1950 mit nur einer Million Stimmen zum Zuge kam. Die Liberalen erklärten sein Regime, mit dem er das korporative System einzuführen versuchte, als Diktatur des Terrors und eröffneten in voller Schärfe den Bürgerkrieg. Große liberale Gruppen, untermischt mit Kommunisten und Verbrechern, verschwanden in den „Llanos“, den tropischen Urwaldgebieten

im Osten, oder in den Schlupfwinkeln der Berge und führten von hier aus jahrelang als die „bandoleros“ einen blutigen Partisanenkampf. Am 13. Juni 1953 wurde der Diktator Gómez in einem harmlosen Staatsstreich von dem hochgebildeten, gemäßigt-konservativen Lehrer, Diplomingenieur und Generalstabschef Gustavo Rojas Pinilla abgesetzt, dem seitdem die bewundernswerte Leistung gelungen ist, das Land wenigstens halbwegs wieder zu befrieden. Durch nicht gerade selbstloses Verhalten hat er sich allerdings einen Teil der ihm zunächst entgegengebrachten Sympathien wieder verscherzt. Der Belagerungszustand ist unseres Wissens noch nicht abgeschafft, die demokratischen Freiheiten sind noch beschränkt, und in abgelegenen Gebieten kommen auch heute noch immer wieder Bandenüberfälle vor.

... und die Protestanten

Dr. Alberto Rambao, der Beisitzer des Lateinamerika-Komitees des „Nationalrats der Kirchen“ der USA, bestätigte am 16. 3. 52 der United Press, was ohnehin jedermann vermutet: „Der Protestant in Kolumbien ist automatisch ein Liberaler.“ Dieses (natürlich keineswegs abwertende) Urteil macht klar, welche Rolle die Nichtkatholiken im Bürgerkrieg spielen mußten. „Der Protestantismus nahm in diesem Kampf Partisanencharakter an“ („America“, a. a. O.). Wir lassen am besten zwei evangelische Stimmen diese Tatsache belegen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb in ihrem schon genannten Korrespondentenbericht vom 21. 11. 53: „Seit 1948 und bis ungefähr 1953 wütete in weiten Teilen Kolumbiens ein blutiger Bürgerkrieg, der nach inoffiziellen Schätzungen über 20 000 Todesopfer gefordert hat und in dessen Gefolge an die 400 000 Kolumbianer von ihren Heimstätten vertrieben wurden. Dieser Bürgerkrieg war kein Religionskrieg; er war politisch bedingt und hatte seine Ursache im schon über hundert Jahre alten Gegensatz zwischen den beiden einzig bedeutenden politischen Parteien im Lande, den Liberalen und den Konservativen (wobei diese Parteien kaum Weltanschauungsparteien im europäischen Sinne sind!)“ (Hervorhebungen im Original). Noch deutlicher schrieb der schweizerische Protestant H. U. Bretscher aus Medellín in der evangelischen Zeitschrift „Junge Kirche“ (Juli und Dezember 1955), wobei er eigens bemerkt, daß er der katholischen Kirche gegenüber kritisch eingestellt sei: „Wenn es in den letzten Jahren Todesopfer gegeben hat, so nicht nur unter den Protestanten, sondern auch unter den Katholiken, nicht wegen des Protestantismus, sondern aus politischen Gründen... Seit sieben Jahren herrscht im Land der Belagerungszustand, denn auch heute noch flackert in gewissen Departementen die Flamme des Aufruhrs und der Gesetzlosigkeit... Die offiziellen Zahlen über den Verlust an Menschenleben und Sachwerten sind nie bekannt geworden, aber man munkelt von Hunderttausenden von Opfern, von Soldaten, katholischen und protestantischen Liberalen und ihren ganzen Familien, Priestern und Nonnen, welche einen oft sehr grausamen Tod fanden. Kann man es da wagen, von Protestantenverfolgungen zu sprechen, wenn unter diesen Opfern zwar auch Protestanten zu finden sind, aber doch für alle diese Ereignisse politische Leidenschaft und Maßlosigkeit verantwortlich sind? Alle die von ihnen aufgeführten Zerstörungen von Kirchen, der Tod von 53 Protestanten und ein Großteil der Schließungen von Schulen hatten diese Zeit der ‚violencia‘ (Gewalt) als direkte Ursache.“

„Von fragwürdigem Wert, eher schädlich“

Die Macht des Katholizismus im kolumbianischen Volk, das Missionsmonopol, das Benehmen einzelner protestantischer Denominationen bzw. Sekten und der erbitterte Bürgerkrieg: diese vier Elemente bilden den Hintergrund, vor dem willkürliche Meldungen aus Kolumbien erst verständlich werden und erst beurteilt werden dürfen. Wer anders handelt, mißachtet die primitivste publizistische Pflicht. Wir glauben darauf verzichten zu können, auf die Einzelheiten der den Katholiken vorgeworfenen „Schandtaten“ einzugehen (eine Reihe eindeutiger Widerlegungen findet man in der „Civiltà Cattolica“, a. a. O., der „Orientierung“, 15. 1. 54, und natürlich in dem kolumbianischen Buch von Ospina SJ).

Der offiziellen Kirche in Kolumbien kann niemand irgendwelche fundierte Vorwürfe machen, sie hat im Gegenteil immer mäßigend gewirkt. Wenn das katholische Volk die es tief verletzenden Verunglimpfungen mit gleichen

Methoden beantwortete und dabei auch alles „Protestantische“ in einen Topf warf, so ist das zwar nicht zu billigen, aber eine fast verständliche Reaktion auf überaus komplizierte Tatbestände.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ stellte am 21. 11. 52 lakonisch fest: „Von fragwürdigem Wert, ja für die protestantische Kirche in Kolumbien eher schädlich, sind aber Proteste aus dem Ausland.“ Diese Mahnung wurde in den Wind geschlagen, obwohl von ihrer Nichtbeachtung mehr betroffen wurde als nur der evangelische Glaube in Kolumbien! Man muß also an alle verantwortungsbewußten evangelischen Zeitschriften und alle evangelischen Mitchristen appellieren, nicht mehr länger einer Informationsquelle Glauben zu schenken, die unter dem Schein von Originalberichten nur Propaganda verbreitet und das Verhältnis zwischen den Christen in aller Welt vergiftet. Daß wir den evangelischen Glaubensgemeinschaften guten Willens auch in Kolumbien mehr Freiheit wünschen, steht auf einem anderen Blatt.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Abschaffung des Sonntags in der deutschen Stahlindustrie?

Der Sonntag ist das „älteste soziale Anliegen der Kirche“ (J. Paulus). Erst recht in der kirchlichen Sozialbewegung der Neuzeit stand der Schutz des Sonntags von Anfang an unter den Hauptforderungen. Es dauerte aber noch lange, bis diese Forderungen ihren rechtlichen Niederschlag fanden und vom Staat geschützt wurden. Erst eine Novelle von 1891 zur Gewerbeordnung bestimmte in § 105 a: „Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten.“ (Entgegenstehende Arbeitsverträge waren demnach gemäß § 134 BGB nichtig.) Absatz 105 b spezifizierte dieses Verbot näher, während 105 c eine erste generelle Ausnahme für Notfälle, Bewachung, Reinigung, Beaufsichtigung und ähnliches ohne Genehmigung zuließ. Absatz 105 e gestattete ähnliche Ausnahmen durch Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde für jene Wirtschaftszweige, die der Deckung des täglichen oder eines besonderen Bedarfs an Sonn- und Feiertagen dienen (Gaststätten, Verkehrsbetriebe, Apotheken u. ä.). Von arbeitsrechtlich weittragenderer Bedeutung waren Absatz 105 d, der nur eine Rahmenvorschrift für (durch den damaligen Bundesrat zu erlassende) weitere Ausnahmen in verschiedenen Wirtschaftszweigen darstellte und in den Jahren 1895, 1896, 1898, 1906 und 1914 durch einige Rechtsverordnungen mit Ausnahmebestimmungen unter gewissen Besonderheiten ausgefüllt wurde, und 105 f, der „zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens“ bereits den unteren Verwaltungsämtern eine Ausnahmebefugnis für bestimmte kleinere Zeiträume zubilligte.

Diese Bestimmungen sind noch heute gültig, müssen aber der derzeitigen verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Organisation der Bundesrepublik angepaßt werden. Danach ist die Rechtslage heute so, daß Ausnahmegenehmigungen für das sonntägliche Arbeitsverbot für *einzelne* Betriebe (bei öffentlichem Interesse und zeitlich befristet) den Landesarbeitsministerien als Aufsichtsbehörden der Gewerbeämter obliegen, während Genehmigungen für

einen ganzen *Industriezweig* nur das Bundesarbeitsministerium aussprechen könnte. Im Jahre 1951 wurde eine Ausnahmegenehmigung zur Überwindung eines Engpasses vom Land Nordrhein-Westfalen dem großen Hüttenwerk Oberhausen erteilt und später immer weiter verlängert; Rheinland-Pfalz folgte mit Genehmigungen für Rasselstein und Friedrichshütte. In diesen drei Betrieben wurde die kontinuierliche Arbeitsweise mit der Folge der Sonntagsarbeit und der gleitenden Arbeitswoche eingeführt; während die beiden Genehmigungen in Rheinland-Pfalz unseres Wissens am 31. 3. 57 ablaufen, ist die arbeitsrechtliche Lage hinsichtlich Oberhausens äußerst umstritten und angreifbar. Durchgehende Arbeitsweise haben im übrigen bisher, aus unbestrittenen technischen Gründen, Hochöfen und Kokereien.

*Vollendete Tatsachen —
dann erst Gespräche mit den Kirchen*

Das Problem der gleitenden Arbeitswoche trat zum erstenmal auf dem Kölner Katholikentag akut an die Kirche heran, als diesbezügliche Bestrebungen in der deutschen Stahlindustrie bekannt wurden; Vizepräsident Peter Gier formulierte daraufhin im Auftrage des Zentralkomitees der deutschen Katholiken eine ablehnende katholische Stellungnahme (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 26). Im Herbst 1956 traten der Arbeitgeberverband Eisen und Stahl und die Industriegewerkschaft Metall telegraphisch an den Bischof von Münster mit der Bitte heran, Verhandlungen über die gleitende Arbeitswoche aufzunehmen. Die Fuldaer Bischofskonferenz gab ihre Zustimmung, worauf eine 7köpfige Kommission des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gebildet wurde, der unter anderen Weihbischof Hengsbach, Dr. J. Paulus, der Sozialreferent des Zentralkomitees, und Prälat Schmitt von der KAB angehörten. Am 2. und am 23. November fanden Besprechungen mit den beiden Tarifpartnern statt, die in durchaus freundschaftlichem Ton verliefen, zwar im Grundsätzlichen Einigkeit ergaben, aber in den praktischen, konkreten Fragen unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten offenbarten. Unternehmer wie